

Offener Brief an die

**Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Generaldirektion
Herrn Prof. Dr. Christoph Vogtherr
Postfach 60 14 62
14414 Potsdam**

*Maßnahmen der Schlösserstiftung zur Umsetzung des Vertrags mit der Stadt Potsdam
hier: Abbruch des Bootshauses des Seesportclubs, Durchführung der Gesamtmaßnahme*

Sehr geehrter Herr Vogtherr, sehr geehrte Damen und Herren,

es liegt ein Vertragsentwurf zwischen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und der Stadt Potsdam vor, der die Verlagerung des Strandbades Babelsberg und des Seesportclubs vorsieht mit Abbruch der Gebäude und Neubau der gesamten Einrichtungen. Diesem Vertragsentwurf hat die Stadtverordnetenversammlung allerdings noch nicht zugestimmt.

Trotzdem tauchen immer wieder Gerüchte auf, dass die Schlösserstiftung bereits vor einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und damit vor der Rechtskraft des Vertrags mit einem Abbruch des Bootshauses des Seesportclubs eine Vorentscheidung fällen will. Das wäre eine extreme Brüskierung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung und würde demokratischen Prinzipien völlig widersprechen. Da es sich um ein eng verknüpftes Maßnahmenpaket handelt wären bei einem vorzeitigen Abbruch andere Möglichkeiten nur schwer denkbar und damit die Stadtverordnetenversammlung nicht mehr frei handlungsfähig um ggf. auch andere Lösungen anstreben zu können. Wir erwarten von Ihnen hierzu eine kurzfristige und klare Information. Zusätzlich hat eine ernstzunehmende Bürgerbeteiligung bisher nicht stattgefunden. Auch hierzu erwarten wir klare Informationen inwiefern Sie beabsichtigen bei allen Maßnahmen die Bürger der Stadt nicht nur zu informieren, sondern bei einzubeziehen.

Dass die Stadtverordnetenversammlung anders entscheidet, als der Vertragsentwurf vorsieht, ist keineswegs ausgeschlossen, denn schließlich geht der Vertrag weitestgehend zu Lasten der Stadt und bringt erhebliche Nachteile besonders für die Babelsberger Bevölkerung, positive Aspekte für die Stadt Potsdam sind nicht zu erkennen. Für die Wiederherstellung eines historischen kurzen Wegestückes, das außer der Schlösserstiftung niemand vermisst, sowie Grundstücks austausche, die durch weiterlaufende Pachtverträge oder Grundstücksausgleich an anderer Stelle überflüssig wären, werden Kosten von insgesamt mindestens ca. 8 Mil. Euro überwiegend für die Stadt Potsdam erforderlich. Das ist der Öffentlichkeit nicht zu vermitteln.

Der ursprüngliche Zustand wird ohnehin nur teilweise wiederhergestellt und auch unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten ist die Wiederherstellung problematisch, die Charta von Venedig, an der sich die Denkmalpflege weitgehend orientiert, fordert die Erhaltung der Kulturdenkmäler wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Das ist mit den beabsichtigten Maßnahmen absolut nicht der Fall.

Die Parks sind Weltkulturerbe und werden es bleiben, auch ohne Wiederherstellung dieses unbedeutenden Weges. Dadurch kommt auch kein einziger zusätzlicher Tourist nach Potsdam.

Die Vertragsbedingungen bedeuten erhebliche Einschränkungen für die Babelsberger. Es soll nicht nur die Fläche des im Sommer bei gutem Wetter regelmäßig überfüllten Sandbades um 4000m² verkleinert, sondern auch das „wilde“ Baden in Bereich des Babelsberger Parks verboten werden und die Stadt für die Durchführung des Verbotes sorgen. Das bestehende Defizit an sicheren Bademöglichkeiten wird noch größer trotz der vielen Seen und das bei zunehmender Nichtschwimmerzahl. Neue offizielle und gesicherte Bademöglichkeiten etwa in Groß Glienike sind kein Ersatz für die Babelsberger. Damit verstößt die Schlösserstiftung durch diese Einschränkungen auch gegen ihre eigene Satzung, die im § 2 die Nutzung der Parkanlagen als Erholungsgebiete gewährleistet, wozu nicht nur u.a. Liegewiesen sondern auch Baden gehört.

Ökologisch ist die Maßnahme nicht akzeptabel. Durch den Abbruch sanierungsfähiger Gebäude werden Ressourcen vernichtet, der Klimawandel beschleunigt und überflüssige Kosten verursacht. Hier muss die Stiftung aktiv durch Ressourcenschonung mit entsprechender Gestaltung und Bewirtschaftung der Gärten ihren Beitrag gegen den Klimawandel leisten, genauso wie die Stadtverordneten überprüfen müssen wie sich die Planung mit dem für Potsdam ausgerufenen Klimanotstand verträgt, bei dem alle Maßnahmen auf den Prüfstand müssen.

Völlig verantwortungslos wäre die Durchführung dieser Planung in Zeiten der Corona-Krise. Während allein in Potsdam hunderte von Betrieben um ihre Existenz kämpfen, eine Wirtschaftskrise bevorsteht, die die der Finanzkrise mit allen Folgen weit übersteigen wird, die auch der Schlösserstiftung erhebliche Probleme bereitet, wäre ein solches Luxusprojekt skandalös. Es kommt kein einziger Tourist zusätzlich nach Potsdam, es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen nur Geld ausgegeben, das an anderer Stelle dringsten benötigt wird. Eine Durchführung der Maßnahme würde fatal an das Beispiel der Hohenzollern erinnern, die im ersten Weltkrieg das absolute Luxusschloss Cecilienhof vollenden ließen, obwohl sie bereits 15 Schlösser in Berlin und Umgebung besaßen, während Millionen hungerten, Hunderttausende an den Folgen des Hungers starben und Millionen in den Schützengräben umkamen.

Zeigen Sie sich Ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst und verzichten Sie auf die Durchführung aller im Vertrag mit der Stadt genannten Maßnahmen.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative Babelsberger Wasserfreunde